

Afrikas Schuld, Afrikas Pflicht

Von Roger Köppel — Es gibt keine schuldgetriebene Verpflichtung für Europa, alle Afrikaner aufzunehmen, die im Norden ein besseres Leben suchen. Im Gegenteil: Der demografische Druck wird die EU zwingen, die Grenzen wasserdicht zu machen.



Schuldkomplexe sind fehl am Platz: Flüchtlinge in Lampedusa.

Schuldgefühle haben nichts mit Verantwortungsbewusstsein zu tun, und Betroffenheit kann leicht in Heuchelei umschlagen. Das sind die ersten Gedanken, die einen befallen, wenn man sich die Reaktionen auf das Flüchtlingsdrama vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa vor Augen führt.

Politiker und Kirchenhäupter, Kommentatoren und Brüsseler EU-Funktionäre waren sich in ihren wohlfeilen Selbstanklagen schnell einig: Der Bootsunfall vor Lampedusa ist eine Schande für Europa. Die EU-Staaten müssen schleunigst etwas unternehmen. Gefragt sind nicht nur «offene Geldbeutel und offene Herzen», wie sich eine EU-Kommissarin ausdrückte, sondern vor allem «offene Grenzen» für die nachrückenden «Hungermigranten» aus dem Süden. Italiens Staatspräsident Napolitano denkt bereits darüber nach, die restriktiven Einwanderungsgesetze seines Landes zu lockern. Migrationsministerin Cécile Kyenge will die illegale Einreise gänzlich

entkriminalisieren. Dass sich die italienischen Grenzwächter korrekterweise an die Gesetze hielten und nicht alle Illegalen reinliessen, wird ihnen heute als flagrante Unmenschlichkeit ausgelegt.

Auch Schweizer Meinungsmacher konnten der Versuchung nicht widerstehen, das Bootsunglück für eine Vorführung ihrer eigenen Hochmoral zu nutzen. Der Einsiedler Abt Werlen fordert «Anteilnahme» statt «Abschottung», «mehr Grossmut als Gleichgültigkeit». Der Solothurner Freisinnige Kurt Fluri will den Flüchtlingen wieder erlauben, ihre Asylanträge auf Schweizer Botschaften im Ausland zu stellen. Bundesrätin Sommaruga, oberste Schweizer Flüchtlingspolitikerin, lobte im Angesicht des Unglücks feinsinnig den Nutzen der Migration für die Schweiz. Die Signale sind eindeutig: Jeder Afrikaner, der die Debatte verfolgt, muss sich bei so viel Entgegenkommen ermutigt fühlen, die Reise in den Norden jetzt erst recht anzutreten.

Wer die Sache nüchtern betrachtet, kommt um zwei Feststellungen nicht herum.

Erstens: Das Flüchtlingsdrama vor Italien ist ein Sinnbild des totalen Scheiterns der Entwicklungshilfe. In den letzten sechzig Jahren pumpten die Industrienationen insgesamt 1000 Milliarden Franken an Steuergeldern in den Schwarzen Kontinent mit dem Ziel, erträgliche Lebensbedingungen für die dortigen Bevölkerungen zu schaffen und sie davon abzuhalten, in den Norden zu fliehen. Heute sind weltweit laut Uno-Berechnungen 232 Millionen Flüchtlinge unterwegs, die meisten davon aus Afrika und dem Nahen Osten. Vor zwanzig Jahren waren es 175 Millionen Flüchtlinge. Die afrikanische Armut, das Elend, hat nicht ab-, sondern zugenommen. Wenn es Fortschritte gibt, dann sind sie interessanterweise in jenen Ländern an der afrikanischen Ostküste zu beobachten, wo seit kurzem die Chinesen mit einem rabiaten kapitalistischen Ansatz, geradezu neokolonialistisch, auf Un-

ternehmertum und funktionierende Strukturen setzen, die sie selber schaffen.

Zweitens: Europa ist nicht in der Lage, die eigenen Aussengrenzen zu sichern. Wären die Grenzen dicht, würde den kriminellen Schleppern das Geschäft wegbrechen. Solange es Lücken gibt und die Weigerung, die Flüchtlinge wieder in ihre Herkunftsländer zurückzuführen, keimt die Hoffnung. Eine Überfahrt kostet laut Presseberichten rund 2000 Dollar pro Kopf. Es sind also keine «Hungerflüchtlinge», die kommen, sondern Leute, die sich die Investition leisten können. Wer investiert, kalkuliert. Je unsicherer der Erfolg des Unternehmens, desto geringer ist die Bereitschaft, es zu wagen. Durch den Grad seiner Entschlossenheit, die Flüchtlinge abzuwehren, entscheidet Europa über die Existenz der verbrecherischen Schlepperei. Umgekehrt gilt: je offener die Grenzen, desto zahlreicher die Flüchtlinge.

Die meisten Afrikaner kommen aus wirtschaftlichen Gründen. Sie sehen im Norden bessere Perspektiven. Alleine die Tatsache, dass immer mehr Flüchtlinge kommen, ist der Beweis, dass die Entwicklungshilfe allenfalls das Gewissen der Spender beruhigt, aber ihr eigentliches Ziel verfehlt.

Nach sechzig Jahren Entwicklungshilfe steht Afrika schlechter da als je zuvor. Der Anteil Afrikas am Welthandel halbierte sich seit dem Zweiten Weltkrieg, die Zahl der Leute, die pro Tag mit weniger als zwei Dollar auskommen müssen, explodierte. Die Entkolonialisierung brachte massive Wohlstandsverluste, die durch die Entwicklungshilfe noch verschärft wurde.

Beispiele: Ghana wurde 1957 unabhängig. Die ehemalige Kolonie hatte keine Schulden und verfügte über Guthaben im Ausland. Das Bildungssystem war vorbildlich, die Infrastruktur in bestem Zustand. Das Pro-Kopf-Einkommen entsprach demjenigen in Spanien. Ghana war der weltgrößte Kakao-Produzent und lieferte Tropenhölzer sowie Gold auf den Weltmarkt. Heute lebt die Hälfte der 17 Millionen Ghanaer in Armut. Laut dem Afrika-Experten Volker Seitz sind 43 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Nicht ausländische «Imperialisten», sondern hausgemachte Führer plünderten den einst blühenden Staat aus. Mittlerweile herrschen wieder demokratische Zustände, doch der Wohlstand von einst muss erst mühsam wieder erarbeitet werden.

Afrika profitierte vom Kolonialismus

Schuldkomplexe sind fehl am Platz. Wie der Ökonom Lord Peter Bauer in seinem Standardwerk «Equality, the Third World, and Economic Delusion» schon Ende der siebziger Jahre darlegte, brachte der Einfluss der Kolonialmächte Afrika mehr Segen als Unheil. Das ist nicht weiter erstaunlich, denn es profitieren die Schwächeren, wenn entwickelte auf weniger entwickelte Gesellschaften treffen.

>>> Fortsetzung auf Seite 16

Afrika

Weniger Geld ist bessere Entwicklungshilfe

Das Beispiel von Somaliland zeigt, dass Eigenverantwortung das bessere Rezept gegen Armut ist. Von Pierre Heumann



Erfolgsgeschichte: Werbung in Somaliland.

Sein Name erinnert an Somalia, den gescheiterten Staat, aus dem seit 1991 mehr als eine Million Menschen geflüchtet sind. Im Gegensatz zu Somalia ist Somaliland eine Erfolgsgeschichte. Es hat sich 1991 von Somalia losgesagt. Seither verdankt es sein Fortkommen vor allem dem Umstand, dass es ohne staatliche Zuwendungen aus dem Westen auskommen muss.

Somaliland hat eine eigene Währung, eine Zentralbank, eine Flagge, eine Nationalhymne und ein eigenes Internet-Kürzel. Aber für die Welt existiert Somaliland nicht. Es wird weder von den Nachbarn noch vom Rest der Welt anerkannt. Was sich als grosser Vorteil für Somaliland erweist.

Einem Land, das er nicht anerkennt, kann der Westen kein Geld überweisen. Somaliland erhält deshalb kaum Entwicklungshilfe. Es ist auf sich selber gestellt.

Die Regierung muss die Gelder, die sie ausgeben will, bei den Bürgern einsammeln. Sie kann die Verantwortung für das Budget nicht auf andere abschieben; mehr ausgeben, als aus eigenen Mitteln aufgebracht werden kann, geht nicht. Anders als die meisten Länder auf diesem Globus kann Somaliland deshalb behaupten: «Wir sind schuldenfrei!» Über Zinszahlungen oder schmerzliche Konzessionen an den Wäh-

rungsfonds braucht sich Somalilands Finanzminister keine Gedanken zu machen.

Weil die Bürger für die Ausgaben des Staates aufkommen müssen, verlangen sie politische Mitsprache. Sie wollen wissen, wozu ihre Politiker die Somaliland-Schillinge ausgeben. Sie verlangen Transparenz, dulden keine Korruption, und sie wollen bei Entscheidungen über den Staatshaushalt mit einbezogen werden. In einer Gesellschaft der Stämme bedeutet das: Die Clans müssen in die Politik eingebunden werden. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für stabile Verhältnisse erfüllt.

Anders als Somalia sorgt Somaliland, das etwa dreimal so gross wie die Schweiz ist, immer wieder für positive Schlagzeilen. «Weniger Geld hat in Somaliland zu mehr Demokratie geführt», titelte zum Beispiel ein Blogger im *Guardian* vor zwei Jahren, und die *Zeit* schrieb im August: «Glück im toten Winkel der Welt». Im September berichtete die *Financial Times* über Somalilands Pläne, aus der Hafenstadt Berbera einen regionalen Hub zu machen. Geschenkt wird dem Land nichts. Bevor die Wirtschaft bei privaten Investoren Gelder aufnehmen kann, muss die Rentabilität des Projektes nachgewiesen werden.

Somalia liefert demgegenüber ein Paradebeispiel für die verheerenden Folgen einer vermutlich gutgemeinten Entwicklungspolitik. In den Jahren 1991 bis 2001, so rechnet das amerikanische Magazin *Foreign Policy* vor, habe Somalia der Welt eine Finanzlast von 55 Milliarden Dollar aufgebürdet. Die Summe setzt sich aus Entwicklungshilfe, nicht zurückbezahlten Weltbankkrediten und den Folgen der Piraterie zusammen. Die Milliarden haben Somalia nicht verbessert. Weil immer wieder Geld ins Land strömte, ohne dass Anstrengungen nötig waren, wurden in Somalia keine Investitionsanreize geschaffen, um die Produktivität und damit das Pro-Kopf-Einkommen zu erhöhen. Die ökonomische Rückständigkeit wurde nicht überwunden und die perpetuierte Misere als Argument benutzt, um vom Westen noch mehr Hilfe zu verlangen. Zudem wird, angesichts der Tragödie von Lampedusa, eine Öffnung von Europas Grenzen für Flüchtlinge gefordert. Dabei zeigt gerade das Beispiel von Somaliland, dass afrikanische Eigenverantwortung das bessere Rezept ist.

Ahnungslos

Von Henryk M. Broder — Flüchtlinge aus Afrika in der EU, dem «Hort des Friedens und der Freiheit».



Im Juli 1938 trafen sich in Evian am Genfersee Vertreter von 32 Nationen, um zu beraten, wie den von den Nazis bedrohten und bedrängten Juden in Deutschland und

Österreich geholfen werden könnte. US-Präsident Franklin D. Roosevelt hatte die Konferenz initiiert, nachdem die Zahl der jüdischen Asylsuchenden angestiegen war, auch deswegen, weil die Briten im November 1937 mit Rücksicht auf die Araber die Einwanderungsbestimmungen für Palästina verschärft hatten.

Die Konferenz dauerte zehn Tage und endete ergebnislos. Kein europäisches Land war bereit, den deutschen und österreichischen Juden Zuflucht zu gewähren. Im Gegenteil, die Vertreter einiger Länder wiesen auf ihr eigenes «Judenproblem» hin, andere meinten, die Aufnahme von Juden würde nur den Antisemitismus in ihren Ländern befördern. Die Botschaft an die Nazis war klar: Wir werden euch nicht stören. Die «Endlösung der Judenfrage» konnte beginnen.

75 Jahre später steht Europa fassungslos an einem Massengrab, in dem einige hundert Afrikaner ruhen, die bei dem Versuch, Europa zu erreichen, ertrunken sind. «Wie konnte es zu dieser Tragödie kommen?», fragen Vertreter der EU, die für die Zustände mitverantwortlich sind. Er habe nicht gewusst, sagte Elmar Brok, ein einflussreicher EU-Parlamentarier, in der Sendung «Hart, aber fair», dass italienische Fischer, die Flüchtlinge retten, bestraft würden. Zur gleichen Zeit räsonierte Martin Schulz, der Präsident des EU-Parlaments, im «Heute-Journal», es könne doch kein grosses Problem sein, zehntausend Flüchtlinge auf 500 Millionen Europäer zu verteilen – als wäre damit das Problem gelöst und als wäre es den Flüchtlingen egal, ob sie in Deutschland und Holland oder in Rumänien und Bulgarien aufgenommen würden.

Nun ist Europa, so hören wir immer wieder, ein Hort des Friedens und der Freiheit. Vor einem Jahr wurde die EU sogar mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die Afrikaner, die solchen Flötenklängen auf den Leim gegangen sind, haben dafür mit ihrem Leben bezahlt. Sie waren nicht die Ersten und werden nicht die Letzten gewesen sein. Schulz, geben Sie den Nobelpreis zurück!

>>> Fortsetzung von Seite 15

Wie die Erfindung des Computers unmittelbar all jenen zugutekommt, die noch keinen Computer kannten, so nützt einem ärmeren Land die Beziehung zu einem reicheren Land. Wäre es nicht so, müsste man den internationalen Handel und die damit einhergehenden Verflechtungen abschaffen. Lord Bauer: «Wo immer es die Umstände in Afrika während der Kolonialzeit erlaubt haben, führten die vom Westen etablierten wirtschaftlichen Kontakte dazu, dass die schlimmsten Krankheiten beseitigt und Hungersnöte verringert oder gar ausgerottet wurden. Die Wirtschaftsbeziehungen brachten eine höhere Lebenserwartung und bessere Lebensstandards.» Herausragendes Beispiel für den Erfolg des Kolonialismus ist die einstige britische Kronkolonie Hongkong. Umgekehrt waren einige der ärmsten Regionen nie westliche Kolonien: Afghanistan, Tibet oder Liberia. Europa ist nicht schuld an der Misere der Dritten Welt.

Natürlich gab es Untaten. Doch selbst der vom belgischen König Leopold teilweise misshandelte Kongo hatte zur Zeit seiner Unabhängigkeit eine exportorientierte Landwirtschaft und einen konkurrenzfähigen Bergbau. Industriell war das Land Brasilien voraus. Noch in den sechziger Jahren wiesen Nigeria oder Burkina Faso ein höheres Pro-Kopf-Einkommen auf als China oder Südkorea.

Die Sache mit dem Sklavenhandel

Nicht einmal der westliche Sklavenhandel, der schlimm war, darf als Ursache afrikanischer Rückständigkeit gelten. Zum einen: Die ärmsten Zonen Afrikas wurden davon nie berührt. Zum andern: Der Sklavenhandel zwischen Afrika und dem mittleren Osten war viel älter als der atlantische Sklavenhandel Afrikas mit Spanien und Amerika. Der Westen begann die Sklaverei nicht, aber er beendete sie. Trotzdem hielt sich in Europa und Amerika ein schlechtes Gewissen, nicht aber bei Afrikanern und Arabern, die viel länger Sklavenhandel trieben.

Europa ist nicht verantwortlich für Afrikas Misere, also trägt Europa auch keine Verantwortung für die Menschen, die der afrikanischen Wirtschaftsmisere entfliehen wollen, anstatt sie durch Leistung und Anstrengung zu beheben. Eigentlich hätte der Kontinent beste Voraussetzungen für eine erfolgreiche Industrialisierung, doch es scheint bis jetzt an den industriellen Mentalitäten und Neigungen zu mangeln.

Die schlimmste Auswirkung der Entwicklungshilfe ist, dass sie das Leben der Hilfsempfänger fundamental politisiert. In allen Ländern, die Entwicklungshilfe kassieren, wird die Politik übermächtig. Sie entscheidet, wer wie viel bekommt. Anstatt sich um produktive unternehmerische Aufgaben zu kümmern, müssen sich die Leute um die Gunst der Politiker

und Bürokraten bemühen. Man bringt sich vor den Herrschern in Sicherheit oder man profitiert – indem man sie besticht. Korruption ist angewandte Entwicklungshilfe.

Die Kraft, Afrika sich selber zu überlassen

Trotz der Erkenntnis, dass die Entwicklungshilfe nicht nur nichts brachte, sondern Korruption und Misswirtschaft förderte, fehlt dem Westen die Kraft, Afrika sich selber zu überlassen. Wenn unter Würde die Eigenschaft des Menschen verstanden wird, seinen Lebensunterhalt selber zu bestreiten, ohne auf Almosen angewiesen zu sein, dann wäre die sofortige Einstellung der Entwicklungshilfe ein entscheidender Schritt zur Wiederherstellung der Würde Afrikas und seiner Bewohner.

Führende europäische und auch Schweizer Politiker verlangen angesichts des Unglücks von Lampedusa jedoch eine Vertiefung der Entwicklungshilfe sowie eine weitere Öffnung der europäischen Grenzen. Die Forderungen sind verantwortungslos, ja zynisch aus verblendetem Idealismus. Genau diese Massnahmen würden das Unheil vergrössern, das man angeblich bekämpfen will. Europa kann nicht die Probleme Afrikas lösen. Die Ansage, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, ist nicht nur naiv, sondern angesichts überschuldeter Staatskassen und einer Jugendarbeitslosigkeit, die in manchen Zonen Europas 50 Prozent beträgt, sozialpolitisch brandgefährlich.

Man muss die demografischen Realitäten sehen: 1950 hatte Europa 547 Millionen Einwohner, Afrika 227 Millionen. Fünfzig Jahre später betrug die Bevölkerungszahl Europas 733 Millionen, während in Afrika bereits über eine Milliarde Menschen lebten. Die Uno prognostiziert, dass im Jahr 2050 691 Millionen alternde Europäer rund zwei Milliarden durchschnittlich viel jüngeren Afrikanern gegenüberstehen. Bleibt das Wohlstandsgefälle, wie es ist (woran kaum Zweifel bestehen), werden sich künftig noch gewaltigere Migrationsströme über Europa ergiessen.

Die Lampedusa-Flüchtlinge stammten hauptsächlich aus Eritrea und Somalia. Das ist kein Zufall. Beide Staaten weisen laut Uno-Statistiken («Population Division») ein enorm dynamisches Bevölkerungswachstum auf. Die institutionell verwüsteten Länder sind für nachstossende Generationen kein verlockendes Territorium. So lange man mit einer gewissen Chance auf Erfolg in Europa landen kann, bleiben die Anreize für eine Massenmigration erhalten. Der demografische Druck aus Afrika wird zunehmen, und Europa kann nicht einfach die Tore öffnen, ohne seine kulturelle Identität zu verlieren.

Fazit: Die europäischen Grenzen gegen Afrika müssen dichtgemacht werden. In der heutigen Form funktioniert Schengen nicht. Entweder man baut eine echte zentralistische Grenzsicherung auf in der Verantwortung Brüssels,

oder aber man gibt die Verantwortung den Mitgliedstaaten zurück und führt die alten Landesgrenzen wieder ein. Heute haben Italiener, Griechen oder Spanier keinen Anlass, die Flüchtlinge aufzunehmen oder zu registrieren. Sie lassen sie weiterziehen, damit sie zum Problem der anderen werden.

Die Frage stellt sich, ob man das Mittelmeer überhaupt dichtmachen kann. Viele Experten verneinen dies. Tatsache ist, dass im Ersten Weltkrieg die britische Kriegsmarine eine sehr wirksame Seeblockade gegen das von den Deutschen beherrschte Europa zustande brachte. Was damals ohne Radar und mit primitiver Navigation in der nebligen Nordsee gelang, sollte im sonnigen Mittelmeer bald hundert Jahre später durchaus möglich sein.

Folgt Europa den Empfehlungen des Papstes, der EU-Kommission, der Uno und der veröffentlichten Meinung, wird man das Asylrecht ausbauen, die Einreisegesetze lockern und die Grenzen öffnen. Die Folge wäre eine stetig bis massiv wachsende, demografiegetriebene Wirtschaftsmigration mit Flüchtlingen, die im klassischen Sinn keine an Leib und Leben bedrohten Flüchtlinge sind, sondern Menschen, die es verlockender finden, im nahe gelegenen Europa ihr Glück zu suchen, als sich zu Hause mit dem mühseligen Aufbau ihrer verwüsteten Heimatstaaten zu beschäftigen. ○

Flüchtlinge

Die Implosion der Schweiz – ein Szenario

Während in Syrien ein von den Saudis und der Türkei initiiertes Bürgerkrieg tobt, die USA gleichzeitig von Jordanien aus gegen das Assad-Regime Spezialeinheiten einsetzen und den Druck gegen den Iran durch ihre Armada im Persischen Golf aufrechterhalten, sieht es danach aus, als ob nach dem Sturz des Assad-Regimes radikale Salafisten, aber auch Al-Qaida-Kämpfer des Islamic State of Iraq and Levante die Macht in Syrien an sich reißen könnten.

Der ägyptische Präsident Mursi ist gestürzt worden. Die Herrschaft der Muslimbrüder ist beendet. Nun tobt ein Machtkampf zwischen den Muslimbrüdern und der Armee. Die Möglichkeit, dass dadurch Staat und Wirtschaft zusammenbrechen, erscheint plausibel. In der Folge könnte Ägypten nur noch die Hälfte seiner Einwohner versorgen. Dann würden 20 bis 40 Millionen Ägypter nach Europa wandern. Dazu kämen 2 Millionen Christen aus dem zerfallenen Syrien und vermutlich weitere Millionen Menschen aus Tunesien, dem Libanon und aus Somalia.

Während sich diese Entwicklung bereits abzeichnet, ist die EU immer noch mit der Euro-Krise konfrontiert. Gleichzeitig hat in den östlichen (Rumänien, Ungarn) und südlichen Randgebieten der EU ein wirtschaftlicher Zerfallsprozess eingesetzt. Diese Staaten sind mit der Masseneinwanderung aus Nordafrika, Syrien und Somalia konfrontiert. Ein Zusammenbruch der Volkswirtschaften Spaniens, Portugals und Griechenlands ist denkbar.

Italien dürfte diese Menschenbewegungen weiterhin nach Norden leiten. Durch diesen Flüchtlingsstrom könnte die Schweiz in naher Zukunft mit 5 bis 10 Millionen Asylsuchenden aus Nordafrika, dem Mittleren Osten und Somalia konfrontiert sein. Bereits heute ist Bern mit der Bewältigung dieser Aufgabe überfordert. Bei stark steigenden Asylzahlen wären die unterbesetzten kantonalen Polizeikörper nicht mehr funktionsfähig. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der Schweiz dürften als Ergebnis einer solchen Entwicklung schnell kollabieren.

Albert A. Stahel

Sympany entlastet ihre Versicherten mit 21 Millionen Franken.



offerte verlangen und
profitieren:
0800 455 455
[www.sympany.ch/
profitieren](http://www.sympany.ch/profitieren)

Das Leben sollte wieder einfacher werden.

Sympany Kunden profitieren doppelt: Überschüsse aus den Spitalzusatzversicherungen zahlen wir ihnen aus. Zusätzlich senken wir die Prämien für Spitalzusatzversicherungen auf 2014 erneut, nach 2012 zum zweiten Mal. 21 Millionen Franken fließen so insgesamt an unsere Versicherten zurück. www.sympany.ch

 **sympany**
versicherungen